

München, 21.03.2018

Gewerkschaft IG BCE und SPD kämpfen für Arbeitnehmerrecht auf Weiterbildung

Landesbezirksleiter der IG Bergbau, Chemie, Energie (BCE) bei SPD-Landtagsfraktion - Natascha Kohnen: Lebenslanges Lernen wichtiger denn je

Die SPD-Landtagsfraktion und der Landesbezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (BCE) Bayern, **Seppel Kraus**, unterstützen gemeinsam das Recht auf Weiterbildung von Arbeitnehmern und setzen sich für ungestörte Betriebsratswahlen ein. Die SPD-Fraktion hatte den Gewerkschafter zu ihrer Fraktionssitzung eingeladen.

Die Abgeordnete **Natascha Kohnen** hält besonders die Weiterbildung von Beschäftigten für dringend erforderlich: „Lebenslanges Lernen ist heute so wichtig wie nie zuvor. Wir wollen daher ein generelles Recht auf Weiterbildung für alle Beschäftigten. Jedes Unternehmen braucht engagierte und gut ausgebildete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.“ Die SPD-Landtagsfraktion hatte in diesem Jahr ein Bildungsfreistellungsgesetz in den Landtag eingebracht, das jedoch von der Regierungsfraktion abgelehnt wurde.

Auch Kraus fordert ein bayerisches Bildungsfreistellungsgesetz: „Weiterbildung ist ein ganz großes Thema für uns, weil in unseren Betrieben permanente Weiterentwicklung gefordert wird. Beschäftigte sollen ohne Vorgaben durch die Unternehmen entscheiden, sich fortzubilden. Und die Bereitschaft, sich weiterzubilden, muss vom Staat unterstützt werden.“

Der Gewerkschafts-Chef wünscht sich auch mehr Unterstützung im Kampf gegen die Behinderung der bis Ende April stattfindenden Betriebsratswahlen: „Die Störung der Betriebsratswahlen ist eine Straftat, die zwar immer wieder vorkommt, aber nie verfolgt wird. Man findet in Bayern keinen Staatsanwalt, der bereit ist, das Gesetz umzusetzen. Ich würde mir hier zumindest einen Schwerpunktstaatsanwalt wünschen. Aber natürlich läuft in den allermeisten Betrieben die Wahl des Betriebsrats völlig reibungslos.“

Kohnen betont: „Betriebsräte sind das Rückgrat der Belegschaften und echte Fortschritte sind nur möglich, wenn Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sich organisieren. Das Recht darauf darf geschützt werden.“